NRW-Regierung will Kooperation auf liberale Muslime ausdehnen

14. März 2019



Düsseldorf (KNA) Die nordrhein-westfälische Landesregierung will ihre Zusammenarbeit mit den Muslimen auf „eine neue Grundlage“ stellen. Zu dieser Neuausrichtung gehöre, dass die „Pluralität des Islam“ in Zukunft stärker berücksichtigt werde, erklärte NRW-Integrationsstaatssekretärin Serap Güler (CDU) am Mittwoch in Düsseldorf. Neben „bewährten Kooperationspartnern“ sollten auch „liberale, weltoffene muslimische Vereine und Verbände“ in die Dialogarbeit der Landesregierung einbezogen werden. Das sei „eine Innovation“ im Vergleich zu früherem Regierungshandeln, betonte Güler.

Hintergrund für die Neuausrichtung der Landesregierung bei ihrer Kooperation mit Muslimen sind die anhaltenden Konflikte mit dem umstrittenen Moscheeverband Ditib (Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion). Bereits die rot-grüne Vorgängerregierung hatte ihre Kontakte zu dem von der Türkei gelenkten und finanzierten Verband eingefroren. Seinerzeit war bekannt geworden, dass Imame in Ditib-Moscheen türkische Regimegegner der Gülen-Bewegung ausgespäht und Kriegspropaganda betrieben haben sollen. Seitdem liegt die Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Ditib beim islamischen Religionsunterricht, der muslimischen Gefängnisseelsorge und der Salafismus-Prävention auf

Eis.

Die Integrations-Staatsekretärin ließ die Ditib bei der künftigen Zusammenarbeit mit den Muslimen unerwähnt. Stattdessen nannte Güler „Prozesse der Öffnung nach innen und außen“ bei innermuslimischen Aushandlungsprozessen und Positionsbestimmungen als wesentliche Grundlage für einen gelingenden religiösen Dialog. Dabei sollten auch die Belange junger Muslime und die Förderung von Geflüchteten stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Der Austausch der Religionen müsse „auf Augenhöhe“ geführt werden, verlangte Güler. Wenn das gelinge, könne der Dialog zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften voran gebracht werden.

Konkret soll im Düsseldorfer Integrationsministerium eine Koordinierungsstelle „Muslimische Engagement in NRW“ mit zwei Planstellen angesiedelt werden. Dadurch solle muslimisches Engagement anerkannt, sichtbar gemacht und nachhaltig gefördert werden, erläuterte Güler. „Wir wollen auch innerislamischen Debatten Raum geben, ohne diese zu bestimmen.“ Dazu wolle die Landesregierung, bei den muslimischen Akteuren und Verbänden ein „breiteres Spektrum“ als bisher einzubeziehen.

(KNA - tknln-89-00152)
Foto: rawpixel/Pixabay

Stand: 13. November 2026